Volksrechtspartei (VRP)

Die "Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung", kurz "Volksrechtspartei" (VRP), vertrat zwischen 1926 und 1933 die Interessen derjenigen, die durch die Inflation und die anschließende, in den Augen der VRP ungerechte Währungsaufwertung geschädigt wurden. Sie bildete dabei den politischen Arm des "Sparerbundes für das Deutsche Reich". Die VRP gehörte zu einer Gruppe von Splitterparteien, die im letzten Drittel der 1920er Jahre Erfolge auf Kosten der größeren bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) erzielten. Bei den Landtagswahlen 1926/27 in Sachsen, Thüringen und Hessen gelangen der VRP Achtungserfolge. In Sachsen und Thüringen trat sie 1927 in die Regierung ein. Bei den Reichstags- und preußischen Landtagswahlen am 20. Mai 1928 gewann sie jedoch nur 1,6 bzw. 1,3 Prozent der Stimmen und damit jeweils zwei Mandate. Aufgrund ihrer monothematischen Ausrichtung verlor die VRP ihre Anhängerschaft rasch. Ihre Wähler wandten sich nun häufig den Nationalsozialisten (NSdAP) zu. Im Mai 1933 löste sich die Partei auf und empfahl ihren Mitgliedern, in die NSdAP einzutreten.

Literatur:

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 44, 101.

FRITSCH, Werner, Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung (Volksrecht-Partei) [VRP] 1926-1933, in: FRICKE, Dieter u. a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3 (Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände), Köln 1985, S. 739-744.

GND-Nr. 1084643200, VIAF-Nr. 220593861

Empfohlene Zitierweise:

Volksrechtspartei (VRP), in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 24014, URL: www.pacelliedition.de/Schlagwort/24014. Letzter Zugriff am: 24.05.2024.